

S t a d t H a a n
Niederschrift über die
12. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Haan
am Dienstag, dem 14.06.2022 um 17:00 Uhr
in der Aula des städt. Gymnasiums Haan, Adlerstr. 3

Beginn:
17:00

Ende:
18:23

Vorsitz

Bürgermeisterin Dr. Bettina Warnecke

CDU-Fraktion

Stv. Gerd Holberg

Stv. Tobias Kaimer

Stv. Jens Lemke

Stv. Monika Morwind

Stv. Folke Schmelcher

Stv. Rainer Wetterau

Vertretung für Stv. Endereß

SPD-Fraktion

Stv. Walter Drennhaus

Stv. Marion Klaus

Stv. Jens Niklaus

Stv. Bernd Stracke

WLH-Fraktion

Stv. Barbara Kamm

Stv. Meike Lukat

Stv. Tessa Lukat

GAL-Fraktion

Stv. Nicola Günther

Stv. Tabea Haberpursch

Stv. Andreas Rehm

Vertretung für Stv. Sack

Vertretung für Stv. Zerhusen-Elker

FDP-Fraktion

Stv. Dirk Raabe

Vertretung für Stv. Ruppert

Schriftführung

StA Daniel Jonke

1. Beigeordnete

1. Beigeordnete Annette Herz

Techn. Beigeordnete

Techn. Beigeordnete Christine-Petra
Schacht

Verwaltung

StOVR'in Doris Abel

Gäste

Herr Alfred Babel

Herr Dr. Rolf Brockmeyer

AM Ulrich Klaus

Die Vorsitzende Bgm'in Dr. Warnecke eröffnet um 17:00 Uhr die 12. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Haan. Sie begrüßt alle Anwesenden und stellt fest, dass ordnungsgemäß zu der Sitzung eingeladen wurde. Sie stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung öffentliche Sitzung

Bgm'in Dr. Warnecke schlägt vor, die TOPs 7 und 12 von der Tagesordnung zu nehmen.

Zu **TOP 7 „Anträge des SKFM zur Unterstützung der Arbeit der Haaner Tafel vom 23.05.2022“** führt sie aus, dass der Ausschuss für Soziales, Integration und Generationen (SIGA) beschlossen habe, dass der SKFM seine finanzielle Situation bezogen auf den Betrieb der Haaner Tafel darlegen und einen entsprechenden Beschlussvorschlag seitens der Verwaltung in der Sitzung des SIGA am 30.08.2022 vorgelegt werde.

Zu **TOP 12 „Änderung der Kirmesgebührensatzung“** erläutert sie, dass sich das Rechnungsprüfungsamt derzeit in der Prüfung der Betriebskostenabrechnung Kirmes, insbesondere 2018, befinde. Die Unterlagen zur Betriebsabrechnung 2018 wurden dem Prüfungsamt in der zweiten Mai-Hälfte 2022 vorgelegt. Um die Prüfung sicherzustellen, waren von Seiten des Prüfungsamtes noch Unterlagen nachgefordert worden. Das Rechnungsprüfungsamt gehe ebenso wie die Stadt Haan aber davon aus, dass die Betriebskostenabrechnung 2018 mit einem Überschuss abschließe und eine Anpassung der Gebührensätze nach der Kalkulation für 2022 nicht erforderlich sei.

Vor diesem Hintergrund werde die Vorlage der Verwaltung zurückgezogen. Das Rechnungsprüfungsamt werde im zuständigen Fachausschuss über das Ergebnis der Prüfung berichten, sobald dieses vorliege.

Hierüber herrscht Einvernehmen unter den Ausschussmitgliedern.

Weitere Anträge zur Tagesordnung liegen nicht vor.

Öffentliche Sitzung

1./ Prüfauftrag Kindertagesstätte Bollenberg (Wander- und Erlebnisgruppe) Vorlage: 51/033/2022

Beschlussvorschlag:

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis und beschließt den Fortbestand der Wander- und Erlebnisgruppe.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

2./ Aktualisierung Kindergartenbedarfsplanung **Vorlage: 51/034/2022**

Beschlussvorschlag:

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt die Detailaufschlüsselung (s. Anlage) der zu meldenden Kinderbetreuungsplätze inkl. der Minimalabweichungen zur Kenntnis und stimmt der Meldung gegenüber dem Landesjugendamt zu.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

3./ Antrag der Interessengemeinschaft Kindertagespflege Haan **Vorlage: 51/037/2022**

Protokoll:

Stv. Klaus plädiert für die Unterstützung des Antrages der IG Kindertagespflege Haan. Sie beantragt ferner, dass seitens der Verwaltung auch ein Zuschuss für Hygiene- und Reinigungsmittel gewährt werde, da die Coronapandemie und die damit einhergehenden Hygienemaßnahmen für deutliche Mehrkosten in den Kindertagespflegeeinrichtungen gesorgt hätten.

Stv. Günther weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass hier jedoch nicht von einem Defizit bei den Kindertagespflegeeinrichtungen gesprochen werden könne.

Stv. Lukat ergänzt, dass ein entsprechender Antrag auf Defizitausgleich nur von dem jeweiligen Träger und nicht seitens der Politik gestellt werden könne. Der Antrag der Stv. Klaus sei demnach formal nicht korrekt.

Stv. Klaus plädiert trotzdem weiterhin dafür, dass den Einrichtungen zumindest die Möglichkeit eröffnet wird, einen entsprechenden Antrag zu stellen. Zumindest sollte die Verwaltung darauf hinweisen, dass die Möglichkeit bestehe.

Stv. Stracke schlägt vor, den Beschlussvorschlag dahingehend zu erweitern.

Stv. Kaimer entgegnet, dass 600,- Euro je Tagespflegeperson schon sehr entgegenkommend sei. Eine Erweiterung des Beschlussvorschlages halte er daher für nicht notwendig.

1. Bgo. Herz sichert zu, dass die Verwaltung die entsprechende Info, einen Antrag auf Defizitausgleich auch für Hygiene- und Reinigungsmittel zu stellen, den Einrichtungen zukommen lassen werde.

Beschlussvorschlag:

Auf den Antrag der IG Kindertagespflege vom 30.04.2022 wird die Verwaltung beauftragt, allen Tagespflegepersonen eine Einmalzahlung i.H.v. je 600 € analog zu den Sonderzahlungen ähnlicher Berufsgruppen auszuzahlen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

**4./ Prüfung der Ausweitung der Kapazitäten der Schulsozialarbeit
hier: Antrag der SPD-Fraktion vom 19.05.2022**

Protokoll:

Stv. Stracke erläutert den Antrag und teilt mit, dass dieser hier als Einbringung gedacht sei.

Stv. Lukat führt aus, dass die Vorsitzende des zuständigen Fachausschusses (BSA), Stv. Wahlers, gebeten habe, über den Antrag bereits heute abzustimmen, so dass in der nächsten Sitzung des BSA seitens der Verwaltung hierüber berichtet werden könne. Sie befürchte, dass sich der Prozess sonst unnötig in die Länge ziehe.

Bgm'in Dr. Warnecke sichert zu, dass die Verwaltung hierzu eine entsprechende Vorlage zur nächsten Sitzung des BSA erstellen und das Thema dort erneut aufgreifen werde.

Beschluss:

Die Verwaltung sichert zu, eine entsprechende Sitzungsvorlage zu erstellen und diese in die nächste Sitzung des Ausschusses für Bildung und Sport (BSA) einzubringen.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

5./ Förderprogramm "Moderne Sportstätten II"
hier: Antrag des Sportverband Haan e.V. vom 24.04.2022
Vorlage: 40/028/2022

Beschlussvorschlag:

Der Rat stimmt zu, dass die Stadt Haan

1. den 10%igen Eigenanteil des Förderprogramms „Moderne Sportstätten II“ sowie
2. die Verkehrssicherung/Wartung der Anlage für den 10-jährigen Förderzeitraum am Standort Sportplatz Gruiten

übernimmt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

6./ Vorstellung des Konzeptes Sozial- und Armutsbericht
Vorlage: II/023/2022

Protokoll:

Stv. Rehm verweist auf die Beratung im SIGA, dass die Definition des Leitbildes aus der Anlage gestrichen werde.

1. Bgo Herz bejaht dies und führt hierzu aus, dass der Teil III des Berichtes zunächst gestrichen werde. Sie erinnert die Fraktionen daran, dass hierzu im SIGA vereinbart wurde, dass diese der Verwaltung ihre Zielvorstellung mitteilen sollen. Daraus solle dann ein entsprechendes Leitbild formuliert werden, welches zum nächsten SIGA vorgestellt werde.

Stv. Stracke schlägt vor, den Beschlussvorschlag unter I. dahingehend zu ergänzen, da hier ja stehe, dass die Anlage zur Kenntnis genommen werde, in welcher der Teil III noch enthalten sei.

Stv. Lukat entgegnet, dass hier lediglich zur Kenntnis genommen werde. Eine entsprechende Änderung des Beschlussvorschlages halte sie nicht für nötig, da eine Kenntnisnahme keinen Einfluss auf das weitere Geschehen habe.

Stv. Rehm stimmt dem zu, bittet allerdings darum, dass im Protokoll die Herausnahme des Teil III der Anlage nochmal explizit aufgeführt werde, so dass keine Missverständnisse auftreten könnten.

Beschlussvorschlag:

- . Der HFA nimmt den Entwurf der Verwaltung zu einem Sozial- und Armutsbericht der Stadt Haan laut Anlage zur Kenntnis.
- . Der SIGA und der HFA empfehlen dem Rat, die Verwaltung zu beauftragen, einen Förderantrag für eine befristete halbe Stelle „Sozialplanung“ für die Jahre 2023 und 2024 im Rahmen des Programmes „Zusammen im Quartier – Sozialplanung initiieren, weiterentwickeln und stärken“ des MAGS zu stellen und den städtischen Eigenanteil von 20 % der Personalkosten in den Entwurf des Haushaltsplanes 2023 sowie die mittelfristige Finanzplanung für 2024 einzupreisen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

**7./ Anträge des SKFM zur Unterstützung der Arbeit der Haaner Tafel vom 23.05.2022 (verfristet eingegangen)
Vorlage: 50/019/2022**

Beschluss:

Der Tagesordnungspunkt wurde von der Tagesordnung genommen. Eine Beschlussempfehlung erfolgt daher nicht.

**8./ Aktuelle Flüchtlingssituation in Haan
Vorlage: II/026/2022**

Protokoll:

1. **Bgo Herz** teilt mit, dass die Unterkunft an der Düsseldorfer Str. erst Ende August soweit ertüchtigt sei, dass dort Geflüchtete untergebracht werden können. Weiterhin teilt sie mit, dass Stand heute die Notunterkunft in der Sporthalle Adlerstr. zum 01.08.2022 zurückgebaut werden könne, damit die Verwaltung die Situation noch ein wenig beobachten und im Notfall schnell reagieren könne. Generell zeige sich bezüglich der Geflüchteten momentan eine sehr dynamische Situation, daher sei es schwer, hierzu langfristige Prognosen abzugeben.

Beschlussvorschlag:

Der SIGA und HFA empfehlen dem Rat, die Ausführungen der Verwaltung zur aktuellen Flüchtlingssituation in Haan zur Kenntnis zu nehmen. Die Sporthalle Adlerstraße wird zeitnah wieder dem Schul- und dem Vereinssport zur Verfügung gestellt. Die Einrichtung der Notunterkunft wird rückabgewickelt und die Materialien und Einrichtungsgegenstände werden für einen ggfs. erneuten Bedarf eingelagert.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

9./ Unterkunftsstrategie der Stadtverwaltung Haan
Vorlage: II/024/2022

Protokoll:

Stv. Lukat führt aus, dass die WLH-Fraktion sich in der Lage sehe, zu II. des Beschlussvorschlages abzustimmen, allerdings gäbe es hierzu bereits eine Beschlusslage des Rates aus 2008 bzw. 2009.

1. Bgo. Herz verweist auf die Beratungen im SIGA und verdeutlicht, dass die Verwaltung sehr froh sei, einen Sicherheitsdienst am Standort Düsselberger Str. zu haben, da dort auch einige wenige obdachlose Menschen untergebracht werden können, welche Schwierigkeiten im zwischenmenschlichen Bereich haben. Sollte die Politik der Meinung sein, dass Obdachlose und Geflüchtete dort nicht vermischt werden sollen, müsse die Verwaltung prüfen, wie hoch die Kosten für einen weiteren Sicherheitsdienst am Standort Deller Str. seien.

Stv. Rehm bittet darum, dass die Verwaltung genau darlegen solle, dass eine gemeinsame Unterbringung kein Problem darstelle. Weiterhin frage er sich, ob ein Beschluss des HFA und des Rates notwendig sei.

Bgm'in Dr. Warnecke erläutert, dass es hier um eine bedeutende Entscheidung gehe, weshalb die Verwaltung einen Beschluss des HFA und Rat für notwendig halte. Weiterhin schlägt sie vor, I. des Beschlussvorschlages folgendermaßen zu ändern:

- I. Die Verwaltung wird beauftragt, für die städtischen Unterkünfte **Düsselberger Str. 15** (RW I und RW II) die optimierte Grundrissgestaltung bei Um- und Neuplanung zu prüfen und die hierfür notwendigen Kosten zu ermitteln.
-

Stv. Lukat verweist darauf, dass Geflüchtete ohne Wohnsitz nach ihrer Anerkennung als obdachlose Menschen gelten. Es sei daher schwierig, hier eine strikte Trennung einzuhalten. Hierfür sei auch nicht die Politik verantwortlich, sondern könne lediglich einen Grundsatzbeschluss fassen.

Stv. Stracke teile diese Auffassung nicht. Es könne nicht sein, dass in einem Gebäude auf der einen Seite möglicherweise vom Krieg traumatisierte Geflüchtete und auf der anderen Seite problematische obdachlose Menschen zusammenwohnen.

Beschlussvorschlag:

I. Die Verwaltung wird beauftragt, für die städtischen Unterkünfte **Düsselberger Str. 15** (RW I und RW II) die optimierte Grundrissgestaltung bei Um- und Neuplanung zu prüfen und die hierfür notwendigen Kosten zu ermitteln.

II. Die Verwaltung wird beauftragt, im Hinblick auf die Liegenschaft **Heidfeld 12 und 14** die Genehmigungsfähigkeit und Kosten für den Abriss und Neubau von sozial gefördertem Wohnraum zu ermitteln.

III. Die Verwaltung wird beauftragt, die Genehmigungsfähigkeit von sozial gefördertem Wohnraum für die Liegenschaft **Seidenwebergasse 5** zu prüfen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

10./ Antrag zur Grundsteuer: Nutzung der Länderöffnungsklausel NRW hier: Antrag der FDP-Fraktion vom 10.05.2022

Protokoll:

Stv. Raabe stellt den Antrag vor und bittet darum, hierzu eine entsprechende Resolution im Rat zu verabschieden.

Stv. Lukat bittet hierzu um eine Empfehlung der Kämmerei.

StOVR'in Abel teilt mit, dass die Verwaltung über den Antrag erstaunt gewesen sei. Das Land sei gerade dabei, das verabschiedete Grundsteuermodell umzusetzen, daher sehe sie keine Möglichkeit hierauf Einfluss zu nehmen.

Stv. Rehm teilt für die GAL-Fraktion mit, dass diese den Antrag ablehnen werde.

Stv. Kaimer erläutert, dass man noch nicht genau wisse was nach Umsetzung des

Landes dabei herauskomme, insofern müsse noch abgewartet werden.

Nachdem die anderen Fraktionen ebenfalls signalisiert haben, den Antrag abzulehnen, zieht **Stv. Raabe** den Antrag der FDP-Fraktion daraufhin zurück.

Beschluss:

Die FDP-Fraktion hat ihren Antrag vom 10.05.2022 zurückgezogen. Eine Beschlussfassung erfolgt daher nicht.

**11./ Feuerwache Haan / Aufstockung und Umbau Bestandsgebäude
hier: Grundsatz- und Bedarfsbeschluss
Vorlage: 65/028/2022**

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, die nachhaltige und Klimaschutzaspekten Rechnung tragende Planung für eine Aufstockung der Feuerwache Haan sowie den Umbau des Bestandes im 2. OG entlang des Brandschutz-bedarfsplans und der Erfordernisse der örtlichen Feuerwehr zu realisieren. Die Planung (Leistungsphasen 1 bis 3 HOAI) dient der Vorbereitung des Baubeschluss, um eine Veranschlagungsreife des Projektes zu erhalten.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

**12./ Änderung der Kirmesgebührensatzung
Vorlage: 32-2/024/2022**

Beschluss:

Der Tagesordnungspunkt wurde von der Tagesordnung genommen. Eine Beschlussempfehlung erfolgt daher nicht.

13./ Beitritt ins "Zukunftsnetz Mobilität NRW"
Vorlage: 61/049/2022

Protokoll:

Stv. Lukat teilt mit, dass die WLH-Fraktion der im Beschlussvorschlag genannten 0,5 Stelle so nicht zustimmen werde. Die WLH-Fraktion sehe die Stelle eher bei der Straßenverkehrsbehörde im Tiefbauamt.

Stv. Lemke weist darauf hin, dass es hier jedoch um ganz andere Inhalte und Aufgaben gehe, weshalb er die Argumentation der WLH-Fraktion nicht nachvollziehen könne.

Stv. Rehm teilt für die GAL-Fraktion mit, dass diese sich enthalten werde. Zudem verweist er auf ein verlinktes Video auf Seite 10 der Anlage 2 der Verwaltungsvorlage.

(Link: [Kurz erklärt: Kommunales Mobilitätsmanagement - YouTube](#))

Stv. Stracke führt aus, dass die SPD-Fraktion hoffe, in Haan nun eine Mobilitätspolitik aus einem Guss zu bekommen.

Beschlussvorschlag:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, eine Rahmenvereinbarung gem. Anlage 1 dieser Sitzungsvorlage zum Beitritt ins Zukunftsnetz Mobilität NRW abzuschließen.
2. Im Stellenplanentwurf 2023 wird die Verwaltung einen Stellenanteil von 0,5 Personalstellen für eine Mobilitätsmanagerin oder einen Mobilitätsmanager aufnehmen.

Abstimmungsergebnisse:**zu 1.**

einstimmig angenommen

11 Ja / 0 Nein / 7 Enthaltungen

zu 2.

mehrheitlich angenommen

11 Ja / 4 Nein / 3 Enthaltungen

**14./ Entsendung eines Vertreters der Stadt Haan in die Generalversammlung der regioIT Beteiligungsgenossenschaft eG.
Vorlage: I/001/2022**

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Haan beschließt, Frau Dr. Bettina Warnecke als Vertreterin der Stadt Haan in die Generalversammlung der regio IT Beteiligungsgenossenschaft eG zu entsenden.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

**15./ Übertragung von Haushaltsermächtigungen aus 2021 nach 2022 gem. § 22 KomHVO
Vorlage: 20/047/2022**

Protokoll:

StOVR'in Abel erläutert die Vorlage. Sie teilt mit, dass auf Seite 3 bei der Summe der ordentlichen Aufwendungen eine Null zu viel aufgeführt sei. Die ordentlichen Aufwendungen betragen nicht 1 Mrd. €, sondern nur 106,5 Mio. €. Weiterhin führt sie aus, dass die Liste lediglich die Ermächtigungsübertragungen beinhalte, welche von der Verwaltung beantragt worden seien. Die Gemeindeprüfanstalt habe zwar angemerkt, dass die Ermächtigungsübertragungen sehr hoch seien, dies sei jedoch auf die Vielzahl der aktuellen großen Bauprojekte der Stadt und deren teilweise verzögerten Ausschreibungen aufgrund der problematischen Situation im Baubereich zurückzuführen.

Bezüglich des Breitbandausbaus teilt sie mit, dass der entsprechende Förderbescheid erst im Mai 2022 vorlag, so dass erst jetzt damit begonnen werden konnte.

Stv. Günther bittet um nähere Erläuterung zum Punkt Neubau des Rathauses.

Stv. Rehm ergänzt um die Frage, was beim Rathaus geplant worden sei, was übertragen werden müsse.

StOVR'in Abel erklärt, dass der Rat die finanziellen Mittel für das gesamte Projekt des Rathausneubaus beschlossen habe und die Verwaltung habe die voraussichtlichen jährlichen Zahlungen eingeplant, so dass während des Projektes nicht jedes Mal ein neuer Beschluss des Rates notwendig sei. Insofern würden die entsprechenden Mittel, die nicht zur Auszahlung gekommen sind, über den Zeitraum des Projektes übertragen.

Stv. Rehm merkt an, dass der Haushalt dann ja nicht die tatsächlichen Verhältnisse abbilde.

StOVR'in Abel führt aus, dass der Auftrag des Neubaus des Rathauses zu groß sei, um diesen in einem Jahr umzusetzen. Insofern seien die Übertragungen notwendig, wenn der Mittelabfluss nicht wie ursprünglich geplant erfolge. Hintergrund ist, dass die Verwaltung einen immer größeren Aufgabenberg vor sich herschiebe, welcher nicht in der ursprünglich vorgesehenen Zeit abgearbeitet werden könne.

Stv. Rehm frage sich, ob es dann nicht Sinn mache, einen Haushalt für zwei Jahre aufzustellen.

StOVR'in Abel bejaht, dass es durchaus möglich sei, dies zu tun, allerdings würde dies das grundsätzliche Problem nicht beheben.

Beschlussvorschlag:

Die Ausführungen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

16./ Beantwortung von Anfragen

Protokoll:

Bgm'in Dr. Warnecke verweist auf die vorliegende Anfrage der WLH-Fraktion vom 12.06.2022 und teilt mit, dass diese seitens der Verwaltung schriftlich beantwortet wurde. (*siehe Ratsinformationssystem – TOP 16*)

Stv. Klaus verweist auf das wilde Parken und das Befahren des Neuen Marktes und möchte wissen, was die Verwaltung hiergegen unternehme.

Stv. Lukat ergänzt um die Frage, inwiefern hier mit der Polizei zusammengearbeitet werde und ob die Möglichkeit am Neuen Markt bestünde, herabsenkbare Poller zu installieren.

Bgm'in Dr. Warnecke führt aus, dass der Außendienst des Ordnungsamtes dies regelmäßig im Blick habe. Die Verwaltung werde diesbezüglich aber einen entsprechenden Bericht zu Protokoll liefern.

Bericht der Verwaltung zu Protokoll:

Bei dem Befahren des Marktes handelt es sich um den fließenden Verkehr, der mithin in die Zuständigkeit der Polizei fällt. Seitens des Ordnungsamtes der Stadt Haan wird jedoch der ruhende Verkehr überwacht. So wurden im Zeitraum März – Juni im Bereich Neuer Markt/Windhövel/Dieckerstraße (Fußgängerzone) 46 Verwarnungen erteilt.

Weiterhin habe es in diesem Zusammenhang noch keine Zusammenarbeit mit der Polizei in der Fußgängerzone gegeben.

Automatisch absenkbare Poller können jederzeit am Neuen Markt installiert werden. Die Thematik wurde in der Vergangenheit in verschiedenen Fachausschüssen bereits wiederholt diskutiert. Es bestand bisher Einvernehmen, dass die Poller im Rahmen der Umsetzung des Innenstadtkonzeptes versetzt werden sollen.

Stv. Günther erkundigt sich nach dem Sachstand des Bachtals.

Techn. Bgo. Schacht erläutert, dass sich die Verwaltung gerade im Prozess befinde, wie mit den Kostensteigerungen umgegangen werden könne. Geplant sei der entsprechende Baubeginn Ende des Jahres.

Weitere Anfragen liegen nicht vor.

17./ Mitteilungen

Protokoll:

Es liegen keine Mitteilungen vor.